



Gesine Meißner Für Niedersachsen, Hamburg und Bremen in Europa

Liebe Leserin, lieber Leser,

da im August aufgrund der Sommerpause keine Plenarwoche stattfand, reiste das Europaparlament diesen Monat zweimal nach Straßburg. Folgende Themen waren Schwerpunkte dieser zweiten September-Plenarwoche.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Mehr Stabilität durch "Sixpack" für die Eurozone

Einen Tag vor der mit Spannung erwarteten Abstimmung im Deutschen Bundestag über die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms stimmte das Europaparlament in Straßburg über richtungsweisende Vorgaben und Sanktionsmechanismen für mehr Finanzstabilität ab. Das EU-Parlament nahm schließlich mit knapper Mehrheit - gegen die Stimmen von Sozialdemokraten, Grünen und Linken - den sogenannten "Sixpack" (6 Berichte) zur Economic Governance an. Die darin vorgesehenen Maßnahmen sollen die Mitgliedsländer der Eurozone davon abhalten, Kommissionswarnungen zur Korrektur der Haushaltspolitik und Aufforderungen zu schnellerem Vorgehen gegen ökonomische Ungleichgewichte einfach zu ignorieren. Rats- und Parlamentsunterhändler hatten sich vor zwei Wochen auf dieses Reformpaket geeinigt (vgl. letzten Newsletter). Nun hat das Plenum des Parlaments die Einigung bestätigt. Danach kann in Zukunft die Kommission eine Warnung an einen Mitgliedsstaat senden, wenn der Rat der Mitgliedsstaaten nicht innerhalb von 10 Tagen mit qualifizierter Mehrheit dagegen stimmt. Tut er dies, dann muss er seine Entscheidung vor dem Parlament öffentlich rechtfertigen. Einige Mitgliedsstaaten - angeführt von Frankreich - hatten bis zum Schluss auf dem umgekehrten Verfahren bestanden, nämlich dass der Rat eine Warnung grundsätzlich erst genehmigen muss. Eine solche Regelung hätte dem Handel "hinter den Kulissen" Tür und Tor geöffnet. Dass sie letztendlich nicht durchkam, ist ein großer Verhandlungserfolg der Parlamentsunterhändler mit maßgeblicher Beteiligung der Liberalen. Weitere Erfolge sind das neue Recht des Parlaments, Finanzminister von "verwarnten" Ländern zu öffentlichen Anhörungen einzuladen sowie das Recht der Kommission, nicht nur EU-Staaten mit Handelsbilanzdefiziten, sondern auch solche mit Handelsbilanzüberschüssen unter die Lupe zu nehmen und zu Maßnahmen aufzufordern. Grund dafür ist die Tatsache, dass auch diese Länder Ursache für Instabilität sein können. Der reformierte Stabilitätspakt verbessert auch die Erstellung von Wirtschaftsdaten auf der Basis unabhängiger und genauerer Statistiken für gute Haushaltspolitik und -überwachung.

Barrosos Rede zur "Lage der Union" im Europäischen Parlament

In seiner alljährlichen Rede zur Lage der Union, die Kommissionspräsident Barroso an das Plenum richtete, warnte er vor einer zerstrittenen EU, da nur eine vereinte EU zukunftsfähig sein kann. Auch eine gemeinsame Währung funktioniert nicht ohne eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Um diese zu gewährleisten, müsse die EU mehr Kompetenzen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erhalten. Die Kommission hat am Mittwoch einen Vorschlag für

eine Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Der europäische Steuerzahler habe bereits 4 Milliarden Euro für Garantien und Hilfszahlungen aufgebracht, nun sei es an der Zeit, dass Finanzunternehmen ebenfalls einen Beitrag leisten. Besondere Sorge bereitet Barroso die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Folge der aktuellen Krise. Er rief daher die europäische Wirtschaft dazu auf, mehr für die Schaffung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen zu tun.

Mitgliedsstaaten nutzen EU-Strukturfonds zu wenig

Aus einem Initiativbericht über die Abrufquote der Strukturmittel durch die Mitgliedsstaaten, den das Europaparlament diese Woche verabschiedete, wird deutlich, dass ein nicht gerade kleiner Teil aus dem EU-Haushalt von den Mitgliedsstaaten ungenutzt bleibt. Nach etwas mehr als der Hälfte der laufenden Förderperiode waren Anfang 2011 je nach Land nur zwischen 11 und 44% der vorgesehenen Mittel abgerufen worden. Als Hauptgründe nennt der Bericht zum Einen zu komplizierte Regeln zur Beantragung der Mittel auf europäischer wie auf nationaler Ebene. Daher müssten dringend leistungsorientiertere und kosteneffizientere Verwaltungsverfahren im Rahmen der Strukturfonds eingeführt werden. Zweiter Grund ist das Unvermögen vieler Mitgliedsstaaten, ihren Anteil an der Finanzierung der Strukturprojekte aufzubringen. Da gerade in Krisenzeiten, die Haushaltskassen leer sind, Strukturprojekte aber helfen könnten, die Wirtschaften wieder anzukurbeln, wird im EU-Parlament auf Ausschussebene diskutiert, ob man den Anteil der EU-Finanzierung in dieser Situation nicht für befristete Zeit erhöhen sollte.

Palästinas Antrag auf Vollmitgliedschaft

Das Recht Palästinas auf Selbstbestimmung und gleichzeitig das Recht Israels auf sichere Grenzen hat das Europaparlament in einer Resolution bekräftigt, die es diese Woche annahm. Der Text enthält außerdem Empfehlungen für die laufenden Verhandlungen in der UN-Generalversammlung nach dem Antrag Palästinas auf Staatsanerkennung. Eine Endabstimmung, die die Versammlung in Gewinner und Verlierer spaltet, sollte vermieden werden. Stattdessen sollten die Unterhändler eine einvernehmliche Lösung bis Juni 2012 anstreben. Das EU-Parlament spricht sich für eine 2-Staaten-Lösung innerhalb der Grenzen von 1967 aus und ruft Israel auf den Siedlungsbau außerhalb dieser Grenzen zu stoppen. Beide Seiten sind aufgefordert, gewaltsame Feindseligkeiten zu beenden und zu den Verhandlungen zurückzukehren. Die EU-Außenkommissarin, Baroness Catherine Ashton, und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten sollten ihre Bemühungen fortsetzen, um zu dem Antrag Palästinas bei der UNO eine gemeinsame Position zu erreichen.

Handelsabkommen mit Palästina

Ab 2012 sollen die palästinensischen Gebiete Landwirtschafts- und Fischereiprodukte direkt in die EU importieren können. Das Europäische Parlament hat diese Woche ein entsprechendes Handelsabkommen mit der Palästinensischen Behörde gebilligt. Bislang läuft der Handel mit Palästina unter unmittelbarer Kontrolle der israelischen Zollbehörden ab. Ab 2012 werden palästinensische Produkte direkt, zollfrei und weitgehend kontingentfrei in die EU einführbar sein. Am Handelsvolumen gemessen sind die palästinensischen Gebiete der kleinste Handelspartner der EU im euro-mediterranen Raum. Die Erleichterung in den Handelsbedingungen soll diesen Gebieten nun die Möglichkeit geben, die eigene Wirtschaft anzukurbeln. Im unwahrscheinlichen Falle, dass palästinensische Landwirtschafts- und Fischereieimporte so stark ansteigen, dass sie den EU-Binnenmarkt verzerren, kann die EU Schutzmaßnahmen einführen.

EU-Parlament fordert Ende der Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch in einer Resolution, die mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen wurde, dazu aufgerufen, die alltägliche Diskriminierung von und Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Menschen innerhalb und außerhalb der EU zu beenden. Die Resolution fordert, dass die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen innerhalb der EU umfassend gewahrt und in den Außenbeziehungen der EU systematisch verteidigt wird. Sie verlangt auch, dass Homo-, Bi- und Transsexualität aus der Klassifikation der Weltgesundheitsorganisation von psychischen und Verhaltensstörungen herausgenommen wird. Das Parlament verurteilt entschieden, dass dies immer noch in einigen Ländern, unter anderem in manchen EU-Mitgliedstaaten, als mentale Störung angesehen wird, die psychiatrische Behandlung benötigt. Das Parlament weist auf die Pflicht der EU-Mitgliedstaaten hin, Menschen aus außereuropäischen Ländern, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung vor Verfolgung flüchten, Asyl zu gewähren. Die Abgeordneten fordern auch die Mitgliedstaaten auf, Freizügigkeit für gleichgeschlechtliche Paare und deren Familien, sowie Zugang zur Gesundheitsvorsorge und ärztlicher Behandlung auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen sicherzustellen.

Weg frei für EGF-Hilfen für entlassene Arbeiter in Deutschland, Dänemark und Portugal
Am Mittwoch hat das Parlament über Hilfen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in Höhe von 9 741 974 Euro abgestimmt, um 1 783 entlassenen Arbeitnehmern in Deutschland, Dänemark und Portugal zur Seite zu stehen. Da wir in der FDP-Delegation gegen die dauerhafte Beibehaltung des Globalisierungsfonds sind, haben wir uns bei der Abstimmung enthalten.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Kommission erlaubt 'Nacktscanner' (Schattenbericht, aktuell mündliche Anfrage)
In einer Plenardebatte hat die Kommission ihre Entscheidung, 'Nacktscanner' an europäischen Flughäfen zuzulassen vor dem Europäischen Parlament verteidigt. Derzeit gäbe es auf dem Markt überwiegend Körperscanner, die 'reale' Körperbilder produzieren. Der Schutz der Privatsphäre sei dadurch gewährleistet, dass die Bilder verschwommen sind und kein Augenkontakt zwischen dem Passagier und der Person am Monitor erlaubt ist. In meinem Redebeitrag kritisierte ich, dass die Intimsphäre auch dann verletzt wird, wenn die Person, die den nackten Körper sieht, in einem anderen Raum sitzt. Wir hatten uns im Juli bei der Abstimmung über den Bericht zur Sicherheit an Flughäfen klar gegen Körperbilder und für schematische Abbildungen ausgesprochen. Trotzdem hat die Europäische Kommission in einer Verwaltungsentscheidung die Nutzung von 'Nacktscannern' erlaubt, bei denen Körperabbildungen vom Kontrollpersonal begutachtet werden. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass bisher nur ein Hersteller Geräte mit Piktogrammdarstellung anbietet und eine daraus resultierende Monopolstellung nicht gewünscht sei. Anpassungen könnten später gemacht werden, wenn es neue Entwicklungen auf dem Markt gibt. Meiner Überzeugung nach bestimmt jedoch die Nachfrage das Angebot. Blieben wir unserer Forderung nach Piktogramm-Scannern treu, würde das weitere Hersteller anspornen, diese ebenfalls zu produzieren und der Wettbewerb wäre bis zur möglichen europaweiten Einführung der Geräte gewährleistet.

Mehr Sicherheit auf Europas Straßen

Mit dem Ziel die Anzahl der Toten und Schwerverletzten auf den europäischen Straßen drastisch zu reduzieren, hat das Europäische Parlament diese Woche einen Initiativbericht angenommen. Darin wird ein EU-Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen für mehr Straßenverkehrssicherheit gefordert. Die FDP-Delegation hat sich bei der Endabstimmung enthalten. Dieser nicht-legislative Text gibt eine große Anzahl von Empfehlungen, um die Sicherheit auf Europas Straßen zu erhöhen. Selbstverständlich unterstützen wir dieses Ziel - auch wir wollen die Zahl der Verkehrstoten und -verletzten senken. Einige Maßnahmen sind jedoch deutlich überzogen, wie die Forderung einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in Städten oder das verpflichtende Mitführen von Warnwesten für alle Fahrzeuginsassen von PKW. Auch rückwärtsgewandte Sitze für Kinder bis zu drei Jahren sind unrealistisch, weil sie diesen nicht genug Beifreiheit bieten könnten.

Stattdessen sollte sich der Gesetzgeber auf tatsächlich relevante Risiken konzentrieren. Ein großer Teil der Verkehrsunfälle wird durch Fahranfänger verursacht. Projekte wie das begleitete, in Niedersachsen erstmals eingeführte, Fahren ab 17 Jahren zeigen, dass auch sinnvolle Regelungen für die Verkehrssicherheit möglich sind.

Europa als weltweit beliebtestes Reiseziel

Mit modernen Kommunikationstechniken, Innovation und Ausbildung im Tourismussektor und einem einheitlichen europäischen Gütezeichen will das Europäische Parlament 'nachhaltigen, verantwortungsbewussten und hochwertigen Tourismus' fördern. Eine entsprechende Resolution hat das Parlament am Europäischen Tag des Tourismus verabschiedet.

Europa ist das weltweit beliebteste Reiseziel. 40 Prozent aller Touristen reisen hierher. Hier steckt ein großes Entwicklungspotenzial für vor allem kleine und mittlere Unternehmen, aber auch für entlegene und ländliche Gebiete. Denn Europa hat viel mehr zu bieten als Sehenswürdigkeiten in Hauptstädten. Zum Beispiel im naturnahen Tourismus am Wattenmeer oder Radwanderwegen sind wir führend. Auch stillgelegte Industrieanlagen oder Bergwerke wie im Ruhrgebiet oder im Harz sind sehenswert und bieten hervorragende Möglichkeiten, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen nachzuvollziehen.

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die Zukunft des Europäischen Globalisierungsfonds (EGF)

Um die Zukunft des EGF ging es in einer Entschließung, die das Europäische Parlament diese Woche annahm. Der darin enthaltene Vorschlag, die laufenden aus dem Fonds finanzierten Maßnahmen bis Ende 2013 laufen zu lassen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Diese Maßnahmen zielen auf die Wiedereingliederungshilfe von Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt ab, die Opfer von Massenentlassungen aufgrund der Globalisierung oder gegenwärtigen Finanzkrise werden. Das EU-Parlament unterstützte auch den Vorschlag der EU-Kommission, den EGF auch in der kommenden europäischen Finanzperiode (2014-2020) weiter zu führen. Allerdings wurde der Vorschlag dem EGF eine eigene Haushaltslinie im EU-Budget zu geben abgelehnt. Da wir FDP-Abgeordnete - wie auch einige liberale MdEPs aus anderen Mitgliedsstaaten - es für sinnvoller halten, den ursprünglich auf Zeit eingerichteten EGF wieder aufzulösen und die Mittel dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zuzuführen, der auch für Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt wird, haben wir uns bei der Schlussabstimmung enthalten.

Herzliche Grüße aus Straßburg!

Ihre

Gertraud Neff

30.09.2011